



Nr. 37

3. November 2023

Inhalt

Öffentlicher Dienst der Länder

[Silberbach über Einkommensrunde: Druck muss von der Straße kommen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[Besoldungsansprüche: Absichtserklärung der Landesregierung genügt nicht](#)

Sachsen

[Innenausschuss diskutiert Gesetz zur Verfassungstreue](#)

Nordrhein-Westfalen

[Feuerwehrlaute protestieren gegen neue Altersgrenze](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Öffentlicher Dienst der Länder

Silberbach über Einkommensrunde: Druck muss von der Straße kommen

„Die Arbeitgebenden denken fast nur in der Kategorie Probleme und nicht in der Kategorie Lösungen“, kritisierte dbb Chef Ulrich Silberbach nach der 2. Verhandlungsrunde über die Einkommen im Landesdienst am 3. November 2023.

„In der Konsequenz sind wir gestern und heute hier in Potsdam überhaupt nicht weitergekommen. Jetzt liegt wieder alle Last auf der dritten Runde. Das hätten wir gerne vermieden. Wahrscheinlich ist die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ohne Druck von der Straße einfach nicht einigungsfähig. Und genau diesen Druck werden wir jetzt liefern, so Silberbach.“

Der dbb Bundesvorsitzende kritisierte die Arbeitgebenden deutlich: „Die Länder suchen gar nicht nach Lösungen, um den öffentlichen Dienst attraktiv und konkurrenzfähig zu gestalten. Im Zweifel wollen sie scheinbar einfach billig sein.“ Für so eine kurzsichtige und destruktive Politik stünden die Gewerkschaften nicht zur Verfügung. „Wir werden in den nächsten Wochen also die Warnstreiks und Protestaktionen massiv ausweiten müssen.“ Schon jetzt sei klar, dass sich die Verweigerungshaltung bei der Übertragung des Tarifabschlusses auf die Besoldung und Versorgung fortsetzen werde. „Deshalb sind auch die Landes- und Kommunalbeamten und selbstverständlich auch die betroffenen Pensionärinnen und Pensionäre aufgerufen, unsere Demos zu verstärken“, sagte Silberbach.

Vor und während der zweiten Runde der Tarifverhandlungen hatten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder ihre Forderungen untermauert. In Bremen haben junge Beschäftigte der Polizei am 3. November 2023 ihren Unmut zum Ausdruck gebracht. „Die Sicherheitslage spitzt sich dramatisch zu, vor allem in den Stadtstaaten und Großstädten“, unterstrich Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). „Aktionen der Letzten Generation, der Schutz jüdischer Einrichtungen, Demonstrationen: All das bindet Kräfte. Die Landespolizeien arbeiten am Limit. Ohne Unterstützung der Bundespolizei geht es oft nicht. Gerade in diesen Zeiten zeigt sich, wie wichtig ausreichend und gutes Personal ist. Das gibt es nicht umsonst. Die Deutsche Polizeigewerkschaft erwartet, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und -beamten von Ländern und Kommunen übertragen werden!“

Nannette Seidler, Landesvorsitzende des Beamtenbundes und Tarifunion Sachsen (SBB), sagte am 1. November 2023 vor Beschäftigten bei einer Demonstration in Dresden: „Krisen, Inflation und Fachkräftemangel – die Gründe für unsere Forderung nach einer Erhöhung der Entgelte liegen auf der Hand.“ Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Landesdienst blickten zu Recht hoffnungsvoll auf das Ergebnis der Einkommensrunde mit dem Bund und den Kommunen: Seidler betonte außerdem die Bedeutung der Unterstützung von Landesbeamtinnen und -beamten, die sich auf der Straße für die Forderung einsetzen. „Wir erwarten selbstverständlich, dass das Tarifergebnis zeitgleich und systemgerecht auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten übertragen wird. Deshalb ist es umso erfreulicher, wenn auch sie sich den zahlreichen Aktionen anschließen.“

Am 30. Oktober 2023 hatten bundesweit Justizvollzugsbedienstete für mehr Geld demonstriert. Die Tarifbeschäftigten legten die Arbeit nieder. Der dbb Tarifchef Volker Geyer sagte auf einer Kundgebung vor einer Untersuchungshaftanstalt in Hamburg: „Wir müssen unseren Forderungen Nachdruck verleihen und der heutige Warnstreik sendet ein unmissverständliches Signal an die Arbeitgebenden: Ein Signal für Einkommenserhöhungen in Höhe von 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro. Für eine Laufzeit von zwölf Monaten. Kurzum: Ein Signal für Wertschätzung.“ Zentral für den dbb sei auch die dynamische Zulage für Pflegekräfte. „Wir erwarten, dass sie auch an die Beschäftigten der ambulanten und stationären Pflege im Vollzug gezahlt wird. Pflegekräfte in vielen Kliniken bekommen sie bereits. Der Justizvollzug muss konkurrenzfähig sein.“

René Müller, Vorsitzender des Bundesverbands der Strafvollzugsbediensteten (BSBD), ergänzte: „Angriffe auf Justizvollzugsbedienstete gehören inzwischen zur Tagesordnung, die Sicherheitslage hat sich zunehmend verschärft. Die Kolleginnen und Kollegen halten ihren Kopf hin. Und was machen die Länder? Sie stimmen gleich nach der Forderungskündigung das Lamento der Unfinanzierbarkeit an. Wertschätzung geht anders. Gerade die

mittleren und unteren Gehalts- und Besoldungsgruppen sind von der extremen Inflation überproportional betroffen. Die Personallage im Justizvollzug spitzt sich zu, bundesweit fehlen uns gut 2.000 Leute. Deshalb sind die Gehaltsforderungen absolut berechtigt. Einen arbeitsfähigen Justizvollzug gibt es nicht zum Nulltarif.“

An mehreren Standorten wurden auch Mahnwachen eingerichtet, so etwa in Potsdam von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, in Nürnberg von der Deutschen Polizeigewerkschaft, in Düsseldorf und Münster vom Bundesverband der Lehrkräfte für berufliche Bildung und in München von mehreren Fachgewerkschaften unter dem Dach des Bayerischen Beamtenbundes (BBB). Bei der dortigen Kundgebung um betonte BBB-Chef Rainer Nachtigall: „Wir brauchen konkurrenzfähige Beschäftigungsbedingungen! Wir brauchen einen leistungsfähigen Staat!“ Die VDStr., Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, legte den Schwerpunkt ihrer Aktionen nach Bayern und führte dort Aktionen in mehreren Straßenmeistereien durch. Bei Berne

(Niedersachsen) wurde außerdem die Bundesstraße 212 zum Teil blockiert. Der dbb Landeschef Alexander Zimbehl sagte auf einer Kundgebung dort: „Es sind die Kolleginnen und Kollegen, die Deutschland Tag für Tag am Laufen halten. Dies wird jedoch immer schwieriger: Wenn es zum Beispiel darum geht, neue Fachkräfte zu gewinnen und bestehende zu halten, stehen wir nicht nur in Konkurrenz mit der Privatwirtschaft, sondern auch zunehmend mit Bund und Kommunen. Es ist ein Kampf, den wir zu verlieren drohen, wenn es keine Entgelterhöhung für die Länder gibt!“

Hintergrund:

Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Es ist noch eine dritte Verhandlungsrunde vom 7. bis 9. Dezember 2023 vereinbart.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

Besoldungsansprüche: Absichtserklärung der Landesregierung genügt nicht

Die Landesregierung hat über das Finanzministerium eine Absichtserklärung zur Gewährleistung einer verfassungskonformen Alimentation für das laufende Jahr vorgelegt. Damit sei jedoch keineswegs garantiert, dass das angekündigte Gesetz diesen Ansprüchen auch wirklich gerecht wird, mahnt der dbb sh.

Erweist sich das Gesetz als unzureichend, hätten nur jene Beamtinnen und Beamte einen Anspruch auf Nachzahlungen, die noch vor dem Jahreswechsel einen vorsorglichen Antrag gestellt haben, erklärte der dbb Landesbund am 30. Oktober 2023 – und hat dafür ein „wasserdichtes“ Muster vorgelegt. Der Antrag müsse von den Betroffenen aber noch vor dem Jahreswechsel eingereicht werden.

„Die Bezüge im Jahr 2023 reichen nicht aus, um die Anforderungen der Verfassung zu erfüllen. Insbesondere berücksichtigen sie weder die Preissteigerungen noch die Erhöhung der Sozialleistungen. Die Aussagen der Landesregierung zur Haushaltslage und zu einer eventuell verzögerten Übernahme des Tarifergebnisses lassen es fraglich erscheinen, ob ein

hinreichender Ausgleich erfolgt. Weiterhin besteht die Gefahr, dass dieser abermals bedarfsabhängig (Berücksichtigung insbesondere des Partner/-innen-Einkommens) beziehungsweise über familienbezogene Besoldungsbestandteile erfolgt. Das würde bedeuten, dass unzureichend, nur befristet oder sogar überhaupt nicht profitiert wird“, hieß es vom dbb sh. Der bereitgestellte Antrag berücksichtige alle Aspekte und sichere Ansprüche vollständig ab.

Sobald das Anpassungsgesetz vorliegt, wolle man Hinweise und Empfehlungen geben, ob der Antrag vollständig, teilweise oder gar nicht zurückgenommen werden solle. Bis dahin müssten die Betroffenen nichts weiter unternehmen. Auch Verfahrenskosten entstünden nicht, zumal die Landesregierung erklärt habe,

die Anträge zunächst nicht zu bescheiden. Zugesagt wurde demnach auch, dass auch per E-Mail zugeleitete Anträge zur Wahrung eventueller Ansprüche akzeptiert werden.

Den Musterantrag und weitere Informationen gibt es unter www.dbb-sh.de.

Sachsen

Innenausschuss diskutiert Gesetz zur Verfassungstreue

Der Innenausschuss des Landtages hat über das „Gesetz zur Stärkung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst und zu weiteren dienstrechtlicher Vorschriften“ beraten. SBB Chefin Nannette Seidler war als Sachverständige geladen.

Der Gesetzentwurf sehe unter anderem verdachtsunabhängige Nachfragen beim Landesamt für Verfassungsschutz vor, teilte der SBB am 26. Oktober 2023 mit: „Uns war wichtig klarzustellen, dass Verfassungstreue ein Grundsatz für alle Beamtinnen und Beamten sowie Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist. Wir haben in allen Fällen größtmögliche Transparenz und Klarheit angemahnt. Auf zu schaffende, notwendige Schulungsmaßnahmen wurde verwiesen - auch mit Hinweis darauf, dass es auch deshalb an der Zeit sei, dass

Sachsen sich endlich zu Bildungsfreistellung bekennt.“

Zugleich hat die Landesvorsitzende die Gelegenheit genutzt, um die Ausweitung der Heilfürsorge für Justizvollzugsbedienstete einzufordern. Diese sei im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Nannette Seidler: „Man darf das Vertrauen sächsischer Beamtinnen und Beamten nicht erneut enttäuschen, wie zuletzt bei der notwendigen Herstellung einer Verfassungsmäßigkeit der Besoldung geschehen.“

Nordrhein-Westfalen

Feuerwehrlaute protestieren gegen neue Altersgrenze

Am 26. Oktober 2023 kamen rund 400 Feuerwehrlaute aus ganz NRW in Düsseldorf vor dem Landtag zusammen, um gegen die im Raum stehende Anhebung der Altersgrenze von 60 auf 62 Jahre durch die Landesregierung zu protestieren.

Das Vorhaben trifft auf massiven Widerstand bei den Beschäftigten. Es gefährdet ihrer Ansicht nach nicht nur die Attraktivität des Berufes für zukünftige Anwärtinnen und Anwärter, sondern verschärft auch die bereits existierenden Personalprobleme. Doch vor allem der gesundheitliche Aspekt steht im Mittelpunkt der Kritik: Feuerwehrlaute sind im Einsatz enormen Belastungen ausgesetzt. Dazu zählen das Tragen schwerer Ausrüstung, das Bekämpfen von Bränden unter extremen Bedingungen, das Retten von Personen aus gefährlichen Situationen, die ständige Exposition gegenüber Rauch und toxischen Dämpfen, lange und un-

regelmäßige Arbeitszeiten sowie die psychische Belastung durch den Umgang mit oft traumatischen Situationen. Mit über 60 Jahren könnten solche körperlich und geistig intensiven Tätigkeiten zu einer erheblichen Belastung werden, wodurch das Risiko von Verletzungen oder gesundheitlichen Problemen potenziell ansteigen könnte.

Der DBB NRW fordert daher die Landesregierung auf: „Dreht unseren Feuerwehrlauten nicht den Rücken zu!“ Die Gesundheit und Sicherheit der Feuerwehrlaute müsse immer an erster Stelle stehen.

Namen und Nachrichten

Singen bringt Menschen zusammen, macht glücklich und hilft gegen Einsamkeit. **dbb Seniorenchef Horst Günther Klitzing** ruft zur Beteiligung an der Aktion „Gemeinsam Singen“ am 10. Dezember 2023 auf. „Nutzen wir die Vorweihnachtszeit! Singen wir auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen – und laden wir Fremde und Passanten zum Mitmachen ein! Im Chor zu singen verbindet nicht nur Sänger und Sängerinnen bis in den Herzschlag hinein, sondern schlägt auch eine Brücke zu den Einsamen“, weiß der Vorsitzende der dbb bundes-seniorenvertretung und Sänger Horst Günther Klitzing aus eigener, jahrelanger Chorerfahrung. Deshalb unterstützt er die Initiative des

Bundesfamilienministeriums und ruft Seniorinnen und Senioren des dbb auf, sich ebenfalls an der bundesweiten Aktion „Gemeinsam Singen“ am 10. Dezember um 18 Uhr zu beteiligen: „Falls Sie in einem Chor oder einem Verein musizieren, schlagen Sie Ihren Mitstreitern und Mitstreiterinnen vor, eine eigene Sing-Aktion zu organisieren. Der Aufwand ist klein und das Mitsing-Programm in nur wenigen Proben einstudierbar. Haben Sie Spaß an Musik und machen Sie anderen eine Freude!“ Mehr zur Aktion „Gemeinsam Singen“ gibt es unter kompetenznetz-einsamkeit.de.

Termine:

8. November 2023

Einkommensrunde Hessen 2024: Forderungsbeschluss
Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

7./9. Dezember 2023

Einkommensrunde TdL 2023: 3. Runde
Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

8./9. Januar 2023

dbb Jahrestagung
„Ein starker öffentlicher Dienst für eine starke Demokratie und Gesellschaft“
Weitere Informationen unter www.dbb.de/jahrestagung
